

Grundzüge der ungarischen Geschichte

Von der Landnahme bis zur Teilung des mittelalterlichen Ungarn

Über den Ursprung der Ungarn, die mit ihrer Sprache in Mitteleuropa alleine stehen, gibt lediglich die Sprachwissenschaft Hinweise. Sie verortet ihre Herkunft in die ugrische Gruppe der uralischen Finnougrer, mithin ins 6. bis 4. vorchristliche Jahrtausend der Waldzone nördlich des mittleren Ural. Nach Aufteilung dieser Urgemeinschaft wanderte sie in die südrussische Steppe und errichtete ein Nomadenreich ohne feste ethnische und sprachliche Grenzen. In diesem zwischen Dnjepr und Donaumündung gelegenen Einflussgebiet wurden andere Reitervölker in die Nomadengesellschaft integriert, sodass neben den am zahlreichsten vertretenen finnougri-schen Magyaren auch turko-bulgarische und kavarische Bevölkerungsteile Führung und Volk prägten. Diese Altungarn wurden halbnomadisch und schlugen den Weg zur Sesshaftigkeit und damit zu Handel und Ackerbau ein, wurden aber durch die Westbewegung innerasiatischer Nomadenvölker an der Entwicklung gehindert. Schließlich wichen sie über die Nord- und Ostkarpaten und entlang der Donau in das Karpatenbecken aus. In dieses vorher von Hunnen und Awaren besiedelte Gebiet drangen sie seit 862 als Verbündete zunächst der Mährer, dann des Ostfränkischen Reiches wiederholt ein.

Um 895/896 zog der aus sieben ethnisch und sprachlich heterogenen ungarischen Stämmen bestehende Verband endgültig in das Karpatenbecken, wo er auf ein politisches Vakuum an der Schnittstelle zwischen Ostfränkischem, Großmährischem und Bulgarischem Reich stieß. Die in etwa zehn Jahren vollzogene Besetzung des Raumes bereitete den Ungarn keine großen Schwierigkeiten, denn weder die drei Reiche noch die örtliche, mehrheitlich slawische Bevölkerung konnte ihnen ernsthaften Widerstand entgegenbringen. Von hier aus suchten sie ihr Einfluss-

Dr. Ralf Thomas Göllner ist wissenschaftlicher Referent am Ungarischen Institut in München und als Dozent an der Hochschule für Politik in München tätig.

gebiet zu vergrößern und ihre Sesshaftwerdung durch eine Schwächung der Nachbarn zu erleichtern. So erschienen sie bereits 898 in Oberitalien und 900 im bayerischen Donaugebiet, wobei sie kein Land erobern, sondern ihr Siedlungsgebiet absichern und sich Vermögen und Waren beschaffen wollten. Die Streifzüge führten bis nach Norddeutschland, Spanien und Süditalien. Erst die Niederlage gegen das christliche Heer Ottos I. auf dem Lechfeld 955 setzte den westlichen Raubzügen ein Ende, während die gegen Byzanz gerichteten Streifzüge noch bis 970 anhielten.

Die Lechfeldschlacht bedeutet eine Zäsur, in deren Folge sich die Ungarn unter Großfürst Géza (971-997) den westlichen Nachbarn annäherten und sich gegen eine byzantinische und für eine westliche Mission durch das Bistum Passau (Bischof Pilgrim) ent-

Herausbildung eines ungarischen Großreiches im 11. und 12. Jahrhundert.

schieden. Die zweite große Leistung Gézas bestand im Aufbau einer den Ungarn bis dahin unbekannten starken Zentralgewalt, die dann auch zur endgültigen Auflösung der alten Stammesorganisation und zur Herausbildung einer Territorialherrschaft führte. Die Heirat seines Sohnes Stephan I. (der Heilige) (997-1038) mit Gisela, Schwester des bayerischen Herzogs und späteren Kaisers Heinrich II., und Stephans Krönung 1001 mit einer von Papst Silvester II. übersandten Krone schloss die Eingliederung des ungarischen Königreichs in die christlich-lateinische Herrschaftswelt ab. Es folgte die innere Umgestaltung nach dem Vorbild des westlichen Kaiserreiches und vor allem Bayerns, wodurch die letzten Stammeswiderstände zerschlagen und ein straff organisiertes und autokratisches System aufgebaut wurde, das nicht durch feudale Hierarchie, sondern durch ein unmittelbares Verhältnis zum König geordnet war. Die territoriale Verwaltung erfolgte durch das Komitatssystem („Gespanschaften“), der auch die kirchliche Organisation in Bistümern entsprach.

Die königliche Machtfülle wurde jedoch durch die unregelte Thronfolge bedroht, da sich die Prinzipien des Geblütsrechts und der Idoneität gegenüberstanden. Dies führte zu innerfamiliären Machtkämpfen und zu einer zeitweiligen Aufteilung des Landes, das zudem von Osten durch wiederholt einbrechende Turkvölker und im Westen durch die lehnsrechtliche Abhängigkeit vom Römisch-Deutschen Reich bedroht war. Andreas I. (1046-1060) gelang es, einen Restaurations- und Konsolidierungsprozess einzuleiten, aber erst die Regierung des Hl. La-

dislaus I. (1077-1095) konnte diesen abschließen und Einheit, Ruhe und Ordnung im ungarischen Königreich herstellen. Auf die außenpolitische Defensive folgte nun eine Offensive, in deren Folge 1089 Slawonien, 1091 Kroatien und – unter König Koloman (1095-1116) – 1102 Dalmatien dem ungarischen Staat auf Grundlage einer Personalunion hinzugefügt wurden.

Eine zielgerichtete Siedlungspolitik zur Stärkung der königlichen Militärmacht, Sicherung der Landesgrenzen und Umsetzung der königlichen Außenpolitik bildete die nächste Etappe der Vergesellschaftung des ungarischen Staates. Die beginnende Besiedlung nord- und südöstlicher Grenzgebiete mit deutschen Bauern ab etwa 1150 und die Ansiedlung vor allem des ungarischsprachigen Hilfsvolkes der Székler am Westhang der Karpaten sowie von Petschenegen und anderer Völker diente der militärischen Sicherung der Grenzen und des königlichen Machtbereichs. Nach und nach setzte eine Aufsplitterung der territorialherrschaftlichen Macht ein, die sich in einem Bedeutungszuwachs des begüterten Adels, des militärdienstpflichtigen Kleinadels und der königlichen Komitate manifestierte. Anteil an dieser Entwicklung hatten die széklerischen und sächsisch-deutschen Grenzwächter, „denen die Königsmacht rechtliche und in der Folge soziale, langfristig auch ethnische Eigenständigkeiten in den jeweiligen Lebensbereichen gewährte.“¹ Zwar erfuhr Ungarn unter Béla III. (1172-1196) eine kurze Restauration des autokratischen Königtums, was jedoch die Machtverschiebung zugunsten der Aristokratie nicht aufhalten konnte. Mit der „Goldenen Bulle“ von 1222 erhielt der Adel durch Andreas II. (1204-1235) umfangreiche Privilegien vor allem in Steuer- und Militärangelegenheiten, womit der Grundstein für die autonomen adligen Komitate gelegt wurde. Dies gab dem Kleinadel die Möglichkeit, sich gegen eine Unterdrückung des Geburtsadels zur Wehr zu setzen und damit allmählich zum politischen Faktor aufzusteigen.

Der Mongolensturm von 1241/1242 verwüstete zwar weite Teile Ungarns und führte beinahe zu seiner vollständigen Eroberung, leitete aber nach dem Rückzug der Mongolen (Tataren) auch eine beginnende Verstärkung und damit eine weitere Machtumverteilung ein: Béla IV. (1235-1270) hatte aus den militärischen Zügen der Mongolen gelernt,

¹ Ralf Thomas Göllner/Zsolt K. Lengyel/Joachim von Puttkamer: Ungarn. In: Harald Roth (Hrsg.): Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 411-430, hier S. 413.

dass nur befestigte Orte erfolgreichen Widerstand leisten konnten, und begann, den Bau von Steinburgen voranzutreiben. Aufgrund königlichen Geldmangels wurden sie jedoch mehrheitlich von örtlichen Großgrundbesitzern gebaut, was allmählich zu deren politisch-ökonomischem Aufstieg führte. Zudem setzte infolge der Ansiedlung wehrbereiter, vor allem deutscher Einwanderer und der Gewährung städtischer Privilegien eine verstärkte Verstädterung ein, die wiederum einen Gegenpol zum großgrundbesitzenden Adel bildete. Der Aufschwung von Handel und Handwerk verstärkte diese Entwicklung, ohne jedoch die schwelenden inneren Konflikte lösen zu können. Diese brachen unter Ladislaus IV. (1272-1290) aus, da die Zentralgewalt versagte und der Hochadel begann, innerstaatliche Territorialherrschaften nach deutschem Muster aufzubauen.

Diese innere Zersplitterung konnte erst nach dem Aussterben der Árpádyndynastie und der Thronbesteigung durch Karl I. (Robert) von Anjou (1308-1342) rückgängig gemacht werden. An Stelle der alten Oligarchie trat ein königstreuer Adel, an Stelle der Erbmonarchie das Wahlkönigtum. Diese Tatsache und innere Reformen festigten das Land machtpolitisch, ließen es wirtschaftlich aufblühen und außenpolitisch zu einer Großmacht werden. 1351 regelte Ludwig I. (1342-1382) das Verhältnis zwischen König und Adel neu und räumte dem niederen und hohen Adel „ein und dieselbe Freiheit“ ein. Abgerundet wurden diese Reformen durch eine aktive Wirtschaftspolitik, die „Ungarn in den europäischen Wirtschaftsorganismus wie nie zuvor eingefügt“² haben.

Die erfolgreiche Entwicklung verschloss aber den Blick für die Ereignisse auf dem Balkan und das drohende Vordringen der Osmanen. Zwar versuchte Sigismund von Luxemburg (1387-1437) die Südgrenze zu sichern, aber ab 1416 begannen die ersten osmanischen Einfälle in Ungarn und es folgte eine Zeit der inneren Verwerfungen und äußeren Bedrohung. Erst mit Johannes Hunyadi als Reichsverweser und seinem Sohn Matthias I. Corvinus (1458-1490) gelang der Aufbau eines zunächst stabilen Ständestaates mit Reichstag, Komitatsadel, Reichs- und Bauernstädten als Gegengewicht zu den feudalen Großgrundbesitzern. An der Wende zum 16. Jahrhundert zerstörten jedoch Interessenkonflikte des Hochadels das soziale Gleichgewicht. Unter diesen Veränderungen hatten vor allem die Bauern und die ehemals privilegierten Bauernstädte zu

² Thomas von Bogayay: Grundzüge der Geschichte Ungarns. 4. Aufl. Darmstadt 1990, S. 58.

leiden, zumal der Reichstag die ewige Hörigkeit der Bauern beschloss. Derart geschwächt hatte Ungarn dem Vorstoß der Osmanen nicht viel entgegenzusetzen. In der Schlacht bei Mohács 1526 verlor das Land seinen König Ludwig II. (1516-1526), fast alle kirchlichen und weltlichen Würdenträger sowie einen Großteil des Heeres – und damit schließlich seine politische Selbstständigkeit. Nachdem die siegreichen Osmanen ihr Heer Ende 1526 vorläufig wieder abzogen, brachen Kämpfe um den vakanten Thron aus, die die Katastrophe des Ständestaates besiegelten.

Innerlich geschwächt, hatte Ungarn dem Vorstoß der Osmanen nicht viel entgegenzusetzen.

Sie mündeten zudem in eine doppelte Königswahl, bei der Johann I. Szapolyai (1526-1540) und der Habsburger Ferdinand I. (1526-1564) gewählt wurden. Die anschließenden Auseinandersetzungen

zwischen dem „national“ und dem „habsburgisch“ orientierten Lager – während derer Johann I. Szapolyai mit osmanischer Hilfe die alleinige Krone zu erreichen suchte – beendeten die Osmanen, indem sie Mittelungarn und Ofen (Buda) (1541) besetzten. Die Folge war eine Teilung des Landes in einen osmanisch beherrschten mittleren Teil, einen Szapolyais Sohn zugesprochenen, aber tributpflichtigen Teil östlich der Theiß (Siebenbürgen und das Partium, d. h. einige ostungarische Komitate) sowie das nordöstliche, von den Habsburgern dominierte „königliche Ungarn“.³ In den nächsten ca. 150 Jahren entwickelten sich die drei ungarischen Teilherrschaften unterschiedlich: Während im „königlichen Ungarn“ mit Gegenreformation und absolutistischer Zentralisierung die Grundlagen für die spätere Habsburgerherrschaft gelegt wurden, verfolgte das protestantisch geprägte Fürstentum Siebenbürgen die gesamtstaatliche Option.

Ungarn im Habsburgerreich

Nach der schrittweisen Zurückdrängung der Osmanen aus Ungarn ab 1686 büßte der ungarische Adel seine einstige Macht ein; Ungarn wurde,

³ Zur Entwicklung des „königlichen Ungarn“ vgl. auch Stanislav J. Kirschbaum: Der Überlebenskampf der Slowakei. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 4, S. 243-253, bes. S. 244-247, außerdem die Länderinformation zur Slowakei (ebd., S. 313 f.) und die Hinweise im vorliegenden Heft unten S. 149 Eine Karte zur geschichtlichen Entwicklung befindet sich u. a. unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Partium>.

wenn auch mit einer ständischen Autonomie, habsburgisches Erbland. In Siebenbürgen blieb nach dem Leopoldinischen Diplom (1690) die fürstliche und ständische Autonomie erhalten. Zudem wurde Ungarn in drei Wien unterstellte Landesteile aufgeteilt: das Königreich Ungarn, das Fürstentum Siebenbürgen sowie Kroatien-Slawonien einschließlich der Militärgrenze zum Osmanischen Reich. Diese innere Spaltung legte vor allem im kleinadligen Umfeld die Keime der in historisch-geographische Argumente eingebetteten „Hungarus-Konzeption“⁴, die in der Folgezeit ihre Wirkung entfalten sollte. Dadurch wurde Ungarn zu einem Königreich mit adelsnationalem Selbstbewusstsein, in dem ein Gegensatz zwischen Königsmacht und Ständemacht existierte. Aufgrund der Steuerfreiheit und der beibehaltenen Komitatsverfassung blieb der ungarische Adel politisch und militärisch handlungsfähig, wehrte sich aus Eigeninteressen gegen Maria Theresias (1740-1780) aufgeklärten Absolutismus und ihre wirtschaftlichen Reformbestrebungen – zum Nachteil Ungarns und der Gesamtmonarchie. Auch die Bevölkerungsstruktur erfuhr allmählich eine deutliche Veränderung, da nach den Türkenkämpfen weite Landesteile entvölkert waren und eine Ansiedlungspolitik vor allem deutsche Siedler ins Land brachte.

Maria Theresias Sohn Joseph II. (1780-1790) setzte die Reformen fort und versuchte, einen zentralistischen, aufgeklärt-absolutistischen habsburgischen Beamtenstaat aufzubauen. Er hob die Autonomie der Komitate auf; an die Stelle der gewählten ständischen Amtsträger traten kaiserlich-königliche Beamte der zentralisierten Verwaltung. Joseph II. baute das staatskirchliche Verwaltungssystem aus, zwang mit dem Toleranzedikt (1781) die katholische Kirche, sich dem Staat (bis zum Konkordat von 1855) unterzuordnen, während die protestantischen Kirchen und die orthodoxe Kirche als Eigenkirchen anerkannt wurden. Ohne mit den Katholiken vollständig gleichgestellt zu sein, wurde Protestanten, Orthodoxen und Juden der Weg zu staatlichen Ämtern frei gemacht.

Durch die Aufhebung der Komitatsautonomie (1785) sollte die Teilung zwischen Souverän und Ständen beseitigt werden, war sie doch Garant der tradierten Ständeprivilegien, des Staatsrechts und der Idee der ungarischen Nation. Die innere Struktur Ungarns wurde somit mehrfach belastet: Zum einen durch die josephinischen Reformen, zum ande-

⁴ Nach dieser Idee gehörten alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von ihrer ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit, zur politisch aufgefassten ungarischen Nation, der „*natio Hungarica*“.

ren durch die Veränderung des ethnischen und sozialen Gefüges infolge der deutschen Kolonisierung und der Zuwanderung vor allem von Rumänen aus der Moldau und Walachei sowie von Serben vom Balkan, die die Einwohnerzahl Ungarns zwischen 1720 und 1787 verdoppelten. Der Ausbruch des Krieges gegen die Osmanen (1788-1791) sowie der anhaltende Widerstand in Ungarn und besonders in Siebenbürgen brachte das Reich an den Rand des Aufruhrs, sodass Joseph II. mit dem Restitutionsedikt (1790) die meisten Reformen zurücknehmen musste.

Auch Leopold II. (1790-1792) erkannte die staatliche Souveränität und das Mitbestimmungsrecht der Stände zumindest formal an. Gleichzeitig entwickelte sich vor dem Hintergrund der Französischen Revolution eine radikale, intellektuell geprägte jakobinische Reformbewegung, die eine heftige kaiserliche Reaktion hervorrief. Franz II. (1792-1835), der wie der ungarische Ständestaat die Revolution fürchtete, schlug sie 1795 nieder und ließ ein reaktionäres, für die weitere Entwicklung wegweisendes Memorandum erarbeiten. Habsburgische Versuche, den kulturellen Aufschwung und das Interesse an der ungarischen Sprache zu bremsen, bewirkten das Gegenteil und legten das Fundament der ungarischen Nationalbewegung.

Als 1825 der Reichstag einberufen wurde, begann das so genannte Reformzeitalter, das eine tiefgehende Modernisierung durch den ungarischen Landadel bewirkte; der Fortschritt wurde nunmehr von der oppositionellen geistigen Elite im Reichstag getragen. Die Kritik an der traditionellen Sozialordnung führte zur Forderung nach gesellschaftlicher Umgestaltung, die die Vorrechte des Adels aufheben sollte, und mündete in der liberalen Vorstellung, Ungarn zu einer konstitutionellen Monarchie umzugestalten. Getragen wurden diese Forderungen vor allem vom Komitatsadel. Vom westlichen Liberalismus beeinflusst, traten romantisch-nationale Ideale in den Vordergrund und verschärften den Gegensatz zur Wiener Zentrale. Sichtbarstes Symbol des liberalen Einflusses auf die Nations- und Nationalstaatsidee wurde die Einführung des Ungarischen als Amtssprache (1844), ausgenommen in Kroatien. Die liberalen Vorstellungen wirkten jedoch auch bei den Nationalitäten Ungarns, die ebenfalls nach nationaler Anerkennung strebten, was ihr Verhältnis zu den Magyaren belastete.

Das Ende des Ständestaates wurde 1848 eingeläutet, als mit den Aprilgesetzen der Reichstag zu einem nach Zensuswahlrecht gewählten Parlament umgewandelt, Bürgerrechte garantiert, ständische Privilegien abgeschafft, Bauernbefreiung durchgesetzt und die Union mit Siebenbü-

gen beschlossen wurden. So wurden zwar Reformen, aber auch eine zentralistische Ausrichtung umgesetzt, die die Hoffnungen der Nationalitäten Ungarns – vor allem der Kroaten, Serben, Slowaken und Rumänen – auf politische Anerkennung zunichte machte. Diese schlugen sich auf die Seite Wiens. Die damit verbundene Radikalisierung mündete in die Revolution von 1848/49 ein, in deren Verlauf Ungarn seine Unabhängigkeit (1849) erklärte. Die Revolution wurde jedoch von Wien aus mit russischer Hilfe niedergeworfen. Darauf folgte eine Phase der Vergeltung und des Neoabsolutismus mit neuerlicher Zentralisierung, Umbau der Verwaltung teilweise durch böhmische und deutsche Beamte, Aufhebung der Selbstverwaltungsorgane der Kroaten, Serben und Siebenbürger Sachsen, aber auch Erneuerung des Bildungswesens. Dem widersetzte sich erneut der Komitatsadel, der einen österreichischen Einheitsstaat ablehnte, was zusammen mit außenpolitischen Misserfolgen der Monarchie zu neuen Lösungsversuchen führte und den Weg für den Ausgleich und Dualismus bereitete.

Die Jahre 1848/49 und 1867 markieren tiefe Einschnitte in der Geschichte Ungarns.

Der Ausgleich (1867), der den österreichisch-ungarischen Dualismus begründete und die Union Siebenbürgens mit Ungarn brachte, wurde durch die Krönung Franz Josephs I. (1848-1916) zum König von Ungarn vollendet. So entstand innerhalb der Habsburgermonarchie ein fast völlig selbstständiger, zentralistischer ungarischer Staat, der seinerseits seinen Ausgleich mit Kroatien (1868) vollzog und eine Phase der Stabilität einläutete, in der Ungarn zu einem modernen Verfassungsstaat ausgebaut wurde. Industrialisierung, Dominanz des Komitatsadels und die Herausbildung einer bürgerlichen Elite unter Einschluss von Nationalitäten zu einer magyarisch geprägten Bildungsschicht bestimmten die Entwicklung, die auch durch ein umfassendes Nationalitätengesetz (1868) abgesichert wurde. Allerdings setzten sich bald nationalungarische Strömungen durch, die mit einer sprachlichen Magyarisierung ab den 1890er Jahren einen homogenen Nationalstaat entstehen lassen wollten. Die unvermeidlichen Konflikte mit den Nationalitäten waren letztlich die Ursache für die Auflösung des Staates.

Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg

Zusammenbruch und Auflösung der Habsburger Monarchie waren die Folge der inneren Zerrüttung und vor allem der militärischen Niederlage

1918. Die bürgerliche Astern-Revolution, die den Nationalen Rat an die Macht brachte, sollte das Waffenstillstandsabkommen mit den Siegermächten der Entente unterzeichnen und einen Ausgleich mit den Nationalitäten finden, indem die Konstituierung als Republik, das allgemeine Wahlrecht, eine Bodenreform und Autonomie für die slowakische und ruthenische Bevölkerung beschlossen wurden. Diese auf Entente-Freundschaft ausgerichtete Politik scheiterte jedoch, die Kommunisten unter Béla Kun übernahmen die Macht und riefen die Räterepublik aus (1919). Aber auch ihr gelang es nicht, die

„Trianon“ prägte die Ungarn zwischen den Weltkriegen.

Entente zu einer ungarfreundlichen Politik zu bewegen, vielmehr löste sich die innere Ordnung völlig auf. Nach dem

Sturz der Räterepublik, der Besetzung Budapests und Plünderung durch rumänische Truppen konnte sich die radikale Rechte unter Miklós Horthy durchsetzen.

Aus den ersten freien Wahlen ging die Kleinlandwirtepartei als Sieger hervor. Die Nationalversammlung schaffte die Republik wieder ab und wählte Horthy zum Reichsverweser des vakanten Königsthrons, wobei die Frage der Staatsordnung letztlich offen blieb. Ungarn unterzeichnete den Friedensvertrag von Trianon (1920), mit dem die Aufteilung des Donau-Karpaten-Raumes sanktioniert wurde. Dadurch musste Ungarn fast drei Fünftel der Gesamtbevölkerung, ein Drittel der ethnisch ungarischen Bevölkerung und über zwei Drittel des Staatsgebietes – Oberungarn (die heutige Slowakei), die Karpato-Ukraine, Siebenbürgen, große Teile des Banats, der Batschka und des Burgenlandes – abtreten, ohne dass das Selbstbestimmungsrecht für die Ungarn zur Anwendung kam. Diese vor allem politisch und strategisch motivierten Gebietsveränderungen prägten die ungarische Politik in der gesamten Zwischenkriegszeit und begründeten sowohl eine auf Revision ausgerichtete Außen- als auch eine von autoritären Zügen geprägte Innenpolitik. Mit der Ernennung István Graf Bethlens zum Ministerpräsidenten (1921-1931), der den Rechtsradikalismus zurückdrängte, wurde eine Phase der Stabilisierung, der bürgerlichen und an Vorkriegsverhältnissen orientierten Politik eingeleitet, die nicht nur das grundbesitzende Bauerntum einband, sondern auch die internationale Finanzwelt gewann. Trotzdem blieb die Rolle des Parteiensystems untergeordnet, als integratives Element dominierte das Revisionsstreben.

Die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) machte die Konsolidierung zunichte, die sozial-ökonomischen Probleme brachten die Rechte unter

Gyula Gömbös (1932-1936) an die Macht. Die nationale Grundstimmung nach 1933 führte zwar zu einer außenpolitischen Wende hin zu Deutschland, blieb innenpolitisch aber weit weniger radikal als in anderen Staaten des nationalsozialistischen Hegemoniebereichs, weil die gesellschaftlichen Eliten – oft parteienübergreifend – den staatlichen Eingriffs- und Lenkungsversuchen unter Gömbös erfolgreich entgegentraten. Die Wiener Schiedssprüche (1939/1940), aufgrund derer Ungarn einige verlorene Gebietsteile wieder erhielt, sorgten für eine weitere Annäherung an Deutschland und mündeten mit dem Einmarsch in Jugoslawien (1941) in den Kriegseintritt auf deutscher Seite ein. Bereits Anfang 1942 deutete sich jedoch eine Wende an; Ungarn distanzierte sich allmählich von Deutschland, was dann zur Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen (1944) führte. Nach gescheitertem Seitenwechsel wurde Horthy zur Abdankung gezwungen und die nationalsozialistische Marionettenregierung der Pfeilkreuzler eingerichtet. Diese verfolgte die inneren Gegner, konnte aber den Zerfall der ungarischen Verteidigung nicht verhindern. Die unter sowjetischem Schutz in Debrecen gebildete provisorische Koalitionsregierung erklärte Deutschland den Krieg, jedoch ohne über eine einsetzbare Armee zu verfügen.

Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Wirtschaft war weitgehend zerstört, der Staatsapparat zerschlagen und die provisorische Regierung in Debrecen eine machtlose Institution, während die sowjetische Besatzungsmacht bereits mit der gewaltsamen Umgestaltung des Landes begann. Obwohl mit Rücksicht auf die Westmächte zunächst ein pluralistisches Parteiensystem zugelassen wurde, besetzten sowjetische Behörden bereits Schlüsselpositionen mit Kommunisten und leiteten die Machtübernahme ein. In den folgenden drei Jahren zwangen die Kommunisten unter Mátyás Rákosi mit Hilfe der Sowjetunion die Sozialdemokraten zur Bildung einer Einheitspartei und vernichteten in einer „Salami-Taktik“ alle anderen Parteien. Politische Gegner wurden in stalinistischen Schauprozessen abgeurteilt und die nationalkommunistische Opposition beseitigt, sodass im August 1949 die volksdemokratische Verfassung verkündet werden konnte. Eine einschneidende Veränderung erfuhr die Bevölkerungsstruktur auch durch die Vertreibung und Zwangsaussiedlung von etwa 200.000 Ungarndeutschen, während die verbliebenen Deutschen politisch wie gesellschaft-

lich diskriminiert und ihrer bürgerlichen Rechte weitgehend beraubt wurden.

In der stalinistisch geprägten Phase bis 1953 erfolgte die politische und ökonomische Umgestaltung Ungarns nach stalinistischem Muster. Die beginnende Destalinisierung in der UdSSR nutzte Imre Nagy für Reformen, die durch eine Restauration infolge Rákosis Rückkehr an die Macht unterbrochen wurden. Diese Entwicklung stieß jedoch auf Widerstand in der Bevölkerung und führte zur ungarischen Revolution vom Oktober/November 1956, erneut mit Nagy an der Spitze und der Forderung nach Mehrparteiensystem, Trennung von Partei und Staat und Abzug der sowjetischen Truppen. Die Revolution wurde jedoch durch sowjetische Truppen gewaltsam niedergeschlagen. Obzwar nicht erfolgreich, hatte die Revolution die positive Wirkung der Zerstörung des stalinistischen Systems und machte in den darauffolgenden Jahrzehnten einen Personenkult, eine aggressive politische Propaganda und Massenmobilisierungen der Bevölkerung unmöglich.

Nach der Niederschlagung der Revolution stand János Kádár an der Spitze von Partei und Staat. Er hatte anfänglich die Revolution unterstützt, sich dann jedoch auf die sowjetische Seite gestellt. Nach zahlreichen Schauprozessen und innerer Säuberung, in deren Verlauf über 200 Todesurteile (u. a. an Imre Nagy) vollstreckt wurden, entstand das System des sogenannten „Kádárismus“, das seine Legitimation nicht mehr nur mit politischen Mitteln suchte, sondern auf wirtschaftliche, sozialpolitische und gesellschaftliche Wohlfahrt baute. Innere Reformen und

In den sechziger Jahren wurden innere Reformen und eine vorsichtige Liberalisierung durch eine pragmatische, am sowjetischen Kurs orientierte Außenpolitik abgesichert.

eine vorsichtige Liberalisierung wurden durch eine pragmatische, am sowjetischen Kurs orientierte Außenpolitik abgesichert. Innenpolitisch charakterisierte die Idee des Brückenschlags zwischen kommunistischer Führung und Bevölkerung das System, das sich offen vom

Stalinismus distanzierte und durch ökonomische Reformen sowie eine Entpolitisierung der Bevölkerung auffiel. Wirtschaftsreformen ab 1968 sorgten für kleinere ökonomische und bald auch gesellschaftliche Freiheiten und einen vergleichsweise hohen Lebensstandard. Diese beginnende ökonomische Ausdifferenzierung, die in den 1980er Jahren durch ein politisch-oppositionelles System ergänzt wurde, ließ verschiedene inner- und außerparteiliche Interessengruppen entstehen und bereitete den Weg zur Auflösung des Einparteienstaates und zur Demokratisie-

rung vor. Eine Revision der Verfassung und Ausrufung der Republik als unabhängiger, demokratischer Rechtsstaat (Ende 1989) standen am Beginn des Transformationsprozesses und mündeten in die ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990.

Innenpolitisch waren die ersten Jahre geprägt von der Demokratisierung des Systems, der Schaffung rechtsstaatlicher Institutionen und der Transformation des ökonomischen Systems in eine Marktwirtschaft, die mit Veränderungen des gesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Gefüges einherging. Die Probleme bei diesem Übergang zum demokratisch-marktwirtschaftlichen System zeigten die Notwendigkeiten der Politikvermittlung, der Entwicklung einer demokratischen Streitkultur und einer politischen Partizipation der entpolitisierten Bevölkerung. Das Parteienspektrum erreichte eine Politisierung der Gesellschaft, die zu einem stark wechselhaften Wahlverhalten führte, ohne jedoch die soziopolitische Stabilität zu gefährden. Gleichwohl waren die politisch-wirtschaftlichen und gesellschaftlich-strukturellen Ausgangsbedingungen günstig, was zu einer Stabilisierung der ökonomisch-politischen Verhältnisse und zu einem frühen Abschluss der Institutionsbildung nach westeuropäischem Muster führte. Die Demokratisierung des Systems und die strukturelle und institutionelle Anpassung an die EU erreichten das notwendige Niveau, sodass Ungarn am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen wurde.

Literaturhinweise

- István Deák*: Die rechtmäßige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848–1849. Wien u. a. 1989.
- Péter Hanák*: Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Wien u. a. 1984.
- János Hauszmann*: Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker). Regensburg 2004.
- Gyula Kristó*: Die Árpáden-Dynastie. Die Geschichte Ungarns von 895 bis 1301. Budapest 1993.
- György Litván/János M. Bak (Hrsg.)*: Die Ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung. Wien 1994.
- Harald Roth*: Kleine Geschichte Siebenbürgens. 2. Aufl. Köln, Weimar, Wien 2003.